



Klaus von Beyme

# Hauptstadt Berlin

Von der Hauptstadtsuche zur  
Hauptstadtfindung



Springer VS

---

Hauptstadt Berlin

---

Klaus von Beyme

# Hauptstadt Berlin

Von der Hauptstadtsuche zur  
Hauptstadtfindung

 Springer VS

Klaus von Beyme  
Institut für Politische Wissenschaft  
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
Heidelberg, Deutschland

ISBN 978-3-658-25257-1      ISBN 978-3-658-25258-8 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25258-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

# Inhalt

- 1 Einleitung | 1**
- 2 Hauptstadtfunktionen in Geschichte und Gegenwart | 5**
- 3 DDR-Hauptstadt Berlin | 15**
  - 3.1 Palast der Republik und Marx-Engels-Platz | 20
  - 3.2 Stalinallee, Karl-Marx-Allee | 30
  - 3.3 Das Marx-Engels-Denkmal | 35
  - 3.4 Der Fernsehturm | 37
  - 3.5 Gedenkstätte Berliner Mauer | 41
  - 3.6 Museumsinsel | 42
- 4 Hauptstadtsuche zwischen Bonn und Berlin | 45**
  - 4.1 Der Einigungsvertrag | 55
  - 4.2 Die Bundestagsdebatte 20. Juni 1991 | 58
- 5 Die Hauptstadtverlagerung und das Berlin-Bonn-Gesetz von 1994 | 65**
- 6 Länderfusion Berlin-Brandenburg? | 89**

- 7 Die »Mitte der Mitte«:  
Die Gestaltung des Regierungszentrums | 93**
- 7.1 Humboldt-Forum und Wiederaufbau des Schlosses | 105
- 7.1.1 Kritische Rekonstruktion | 107
- 7.1.2 Humboldt-Forum | 118
- 7.1.3 Lobbys für den Wiederaufbau des Schlosses:  
Wilhelm von Boddien | 123
- 7.1.4 Politische Planung | 130
- 7.2 Weitere östliche Zentren Berlins | 147
- 7.2.1 Pariser Platz – Unter den Linden | 150
- 7.2.2 Friedrichstraße | 155
- 7.2.3 »Band des Bundes«, Spreebogen  
und Bundeskanzleramt | 157
- 7.2.4 Hauptbahnhof | 162
- 7.2.5 Alexanderplatz und Hochhausplanung | 164
- 7.2.6 Wilhelmstraße | 168
- 7.2.7 Die Neue Wache | 170
- 7.2.8 Holocaust-Denkmal | 171
- 7.2.9 Der Berliner Dom | 177
- 7.2.10 Potsdamer Platz als Verbindung von Ost-  
und West-Berlin | 178
- 7.3 Westberliner Zentren | 183
- 7.3.1 Kulturforum, Hansaviertel, »die Schlange« | 185
- 7.3.2 Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche,  
Ernst-Reuter-Platz, Kurfürstendamm | 188
- 7.3.3 Der Reichstag und die Regierungsbauten  
in seiner Umgebung | 190
- 7.4 Kulturbauten in der Peripherie Berlins:  
Schloss Schönhausen | 201

|           |  |     |
|-----------|--|-----|
| <b>8</b>  | <b>Die stadtsoziologischen Folgen des Hauptstadtumzugs</b> | 203 |
| 8.1       | Räumliche Differenzierung Berlins                          | 204 |
| 8.2       | Berlin als Einwanderungszentrum                            | 206 |
| 8.3       | Wirtschaftsstandort Berlin                                 | 209 |
| 8.4       | Hauptstadt als Attraktion für die Interessengruppen        | 215 |
| <b>9</b>  | <b>Kulturstadt und Kulturarchitektur in Berlin</b>         | 219 |
| <b>10</b> | <b>Konklusion</b>  | 227 |
| 10.1      | Die Debatte um den »Kulturinfarkt«                         | 231 |
| 10.2      | Entwicklungschancen der Hauptstadt                         | 233 |
|           | <b>Bibliographie</b>                                       | 243 |



# 1 Einleitung

**B**erlin wurde vielfach ein Hang zur Selbstüberschätzung nachgesagt. In Meyers Konversationslexikon von 1874 war zu lesen: »Ein unangemessener Stolz auf Berlin und seine Herrlichkeit ist dem Berliner eigentümlich«. Klaus Mann kam im Vergleich der Hauptstädte zu dem Schluss: »Im Gegensatz zur französischen Kapitale ist die deutsche nicht schöpferisch begabt, sondern nur organisatorisch«. Ein linksliberaler Architekturkritiker wie Hegemann (1930; 1979: 182) hat Berlin wegen der militaristischen und bürokratischen Orientierung der Hohenzollern als eine »*Mietskasernenstadt*« kritisiert. Nur Schlüter und Schadow würdigte er als Genies des Bürgertums. Selbst der allgemein verherrlichte Schinkel hat für ihn versagt, und wurde zum ästhetischen und politischen Opportunisten. Er hat die Schwäche der Berliner Baukunst nicht überwinden helfen, »sondern hat sie eher noch verschlimmert«. Im Vergleich deutscher Städte kam der Sieger Hauptstadtforscher Detlev Briesen zu dem Schluss, dass Berlin für die Deutschen niemals so attraktiv sei wie London und Paris für Briten und Franzosen. Auch für Ausländer war Berlin nach einigen Darstellungen vergleichsweise wenig attraktiv. Selbst die Mehrheit der russischen Immigranten zog in den 1920er Jahren weiter nach Frankreich und in die USA (zit. Sontheimer 1999: 81 f.; 85 f.). Immer wieder wurde

in der Publizistik der Satz des originellen Kulturpublizisten Karl Scheffler (1910: 267) zitiert: »die Tragik eines Schicksals, dass das aus einer wendischen Fischersiedlung zur mächtigen Millionenstadt und Reichshauptstadt emporgewachsene Berlin dazu verdammt (ist): *immerfort zu werden und niemals zu sein*«. Diese prophetischen Worte wurden nach zwei Weltkriegen noch richtiger als zur Zeit ihrer Entstehung. Als Konstante ließ sich jedoch bei allen Brüchen eine »utilitaristische Nüchternheit« als Folge einer Soldaten- und Beamtenstadt mit nur bescheidenem repräsentativen Baubestand feststellen. *Das Typische und nicht das Exzeptionelle* wurde Grundlage der Berliner Kunst, die selbst auf Vertreter des Expressionismus in der Baukunst wie Hans Poelzig oder Bruno Taut abfärbte. Diese Eigenschaft des Typischen wurde auf die Tradition von Friedrich Gilly bis zu Mies van der Rohe oder Ludwig Hilbersheimer und die Vertreter des Berliner Rationalismus der Gegenwart zurückgeführt (Neumeyer in: Burg, 1994: 18 f.). Wassili Luckhardt (1933) hat in einem Aufsatz »Vom Preußischen Stil zur Neuen Baukunst« eine Traditionslinie nachgezeichnet, welche die Modernisten nicht gern zur Kenntnis nahmen.

Die Wiedererstehung einer Hauptstadt Berlin nach 1945 hatte man indirekt Adenauers rheinländischer Westfixierung zu verdanken: er setzte einst Bonn gegen eine zentrale und wirtschaftlich erfolgreiche Großstadt wie Frankfurt am Main durch – nicht zuletzt durch einen nie aufgeklärten Korruptionsfall. Wäre Frankfurt Bundeshauptstadt in den Westzonen geworden, hätte sich vermutlich Berlin 1991 gegen Bonn nicht durchgesetzt. Frankfurt schien nach 1945 ein Ort der Schwerpunktbildung, weil die angelsächsischen Mächte dort ihren Sitz der Bizonen- und später der Trizonen-Verwaltung eingerichtet hatten. Als Interimshauptstadt wurde Frankfurt zu einem zeitweiligen Kristallisationskern des intermediären Sektors. Die Besatzungsmächte errichteten dort die »Bank Deutscher Länder«, aus der die Deutsche Bundes-

bank hervorging. Viele Verbände gaben damals Frankfurt den Vorrang vor Bonn (Lehmbruch 1995: 229).

Nicht wenig haben 40 Jahre Sonntagsreden mit Lob des geteilten Berlins zu der knappen Mehrheit der Parlamentarier für die Stadt beigetragen. Die Berlin-Frage hat mir als Wissenschaftler unter denen, die nicht gern in die Medien drängen, nur einmal in einer Woche sieben Fernsehauftritte beschert. Anlass war die kleine Schrift »Hauptstadtssuche« von 1991. Ich hatte das Manuskript an den Suhrkamp-Verlag geschickt. Statt einer Antwort mit der erwarteten Ablehnung bekam ich die Fahnen des gesetzten Manuskriptes nach einer Woche zugeschickt mit der Erklärung: »Herr Unseld bittet Sie, diese Fahnen binnen einer Woche zurückzuschicken«. Die spätere Übersiedlung des Suhrkamp-Verlages hatte Stimmungsvorläufer. Siegfried Unseld erwies sich als glühender Anhänger der Hauptstadt Berlin – genau wie ich. Ich hatte zwar in Bonn einmal studiert und nie in Berlin. Aber die Pro-Berlin-Einstellung ist leicht durch meine schlesische Herkunft zu erklären. Einst galt die Faustregel: »Jeder dritte Berliner ist in Schlesien geboren«. Wenn der Zuzug aus Polen anhält, könnte der Satz bald wieder gelten. Auch in der Politik war Berlin für allem die östlich von Oder und Neiße geboren waren, herzensnah, falls sie im damaligen Konflikt nicht gerade einen Wahlkreis im Rheinland vertraten, wie Lambsdorff oder Ehmke. Unseld ließ mein Berlin-Plädoyer drucken und schickte es vier Wochen vor der Abstimmung an alle Bundestagsabgeordneten. Wir wissen, dass Berlin seinen Sieg über Bonn nicht zuletzt den Stimmen der ostdeutschen PDS zu verdanken hatte – nicht meinem kleinen Buch. Nur von einem Bundestagsabgeordneten bekam ich eine Reaktion, vom SPD-Schatten-Bauminister Peter Conradi, der leider nie eine Chance bekam, seine fachlichen und politischen Fähigkeiten als ein Bundesminister zu zeigen. Er schrieb mir, dass er schweren Herzens für Berlin stimmen werde – eine Ausnahme im süddeutschen Raum (v. Beyme 2016: 191 f.). In

der großen Debatte vom 20. Juni 1991 bekannte er, dass er ursprünglich für Bonn gewesen sei. Die Endentscheidung für Berlin fiel schließlich mit 55:45 aus (Dt. BT 12. WP., 34. Sitzung 20. 6. 1991: 2780 A).

Der nachmalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (1995: 83, 86 ff.) hat von vornherein eindeutig für Berlin als politisches Zentrum plädiert, weil er mit Recht der Meinung war, dass die jahrzehntelangen Beschlüsse des Bundestags zur Hauptstadt eine andere Entscheidung unglaublich gemacht hätten. Zwei Regierungssitze als zukunftsweisendes Modell für ein »Europa der Regionen« schien für Schröder ein rein taktisch-vorgeschobenes Argument zu sein, das wenig Glaubwürdigkeit hatte. Als Ministerpräsident von Niedersachsen bekannte er auch, dass die Länder sich zwei Hauptstadtvertretungen nicht leisten könnten. Einwände gegen den Zerstörungsgrad Berlins wurden durch den Nachweis falsifiziert, dass Berlin nicht die zerstörteste Stadt Deutschlands gewesen ist (v. Beyme 1991: 90; 1987: 25 ff.).



## 2 Hauptstadtfunktionen in Geschichte und Gegenwart

Das Problem der Hauptstadt ist ein Kernproblem der Politik und der politischen Wissenschaften«, schrieb 1930 der Geograph Friedrich Metz (1930: 5). Er fügte aber resignierend hinzu: »Sollte es wenigstens sein«. Die im engeren Sinn »Politischen Wissenschaften«, die beschworen wurden, haben diese Meinung jedoch keineswegs immer adaptiert. Staatsrechtler fragten meist nur, »was ist rechtens«, Politikwissenschaftler hingegen »was ist zweckmäßig«. Walter Bagehot hatte schon 1867 (1958: 4) die »*dignified parts*« und die »*efficient parts*« der Verfassung unterschieden. Staatswissenschaftler vergaßen nicht selten seine Warnung davor, die »ehrwürdigen, zeremoniellen und legitimatorischen Teile der Verfassung« gering zu schätzen. Zu ihnen gehörte zweifellos die *Staatsymbolik*, die sich in Hauptstädten manifestierte. Vor allem Kunsthistoriker haben der politischen Symbolik in Hauptstädten und ihren wichtigen Kunstwerken Aufmerksamkeit geschenkt. Von Historikern stammen die substantiellsten Analysen von Suchen nach der Hauptstadt. Wissenschaftler (Minkenbergh 2018: 176 f.) haben mit Recht festgestellt, dass demokratische Repräsentation im visuellen oder ikonographischen Sinne auf Schwierigkeiten stößt. Es gibt nämlich keine eindeutig demokratische Sprache in der Hauptstadtdgestaltung. Axialität, Geometrie und Gitternetze im Bebau-

ungsplan sind meist Übernahmen historischer Designs. Es ist nicht leicht, den dynamischen und offenen Charakter von pluralistische Demokratie baulich zu demonstrieren. Paris und Brasilia galten als Beispiele eines relativ ungebrochenen Verhältnisses zu ihrer historischen Vergangenheit. Washington und Berlin – vor allem das künftige Berliner Stadtschloss – spiegeln hingegen historische Brüche wider.

Sozialwissenschaftler wie Häußermann und Siebel (1991: 353, 362) haben drei Faktoren für Hauptstadtentscheidungen analysiert:

- *Symbolgeographie*: Bonn hätte in dieser dreifachen Abwägung den Nachteil gehabt, dass die deutsche Hauptstadt die schwarzen Seiten der deutschen Geschichte verdrängt hätte. Der demokratische Geburtsfehler der neuen Bundesrepublik – von westlicher Seite ein Produkt von Bürokratien und Berufspolitikern – schien sich zu wiederholen, ganz gleich, ob Bonn oder Berlin die Hauptstadt würde.
- *Politische Ökologie*: Behauptungen, nach denen die Qualität politischer Entscheidungen von dem Ort abhängen, an dem sie getroffen werden. Dieser Ansatz führte bei allem Lob für die Bonner Hauptstadtzeit nicht zur Begeisterung für Bonn als permanente Hauptstadt. Ein kultureller Einwand: »In der Kantinenmentalität Bonn gedieh kein Dialog von Geist und Macht« (v. Beyme 1991: 126 ff.).
- *Regional- und stadtstrukturelle Annahmen, vor allem bezogen auf die neuen Bundesländer und die Stadt Berlin*. Argumente für die geographische Mitte Europas von Paris bis Moskau waren angesichts des Zeitalters von ICE, Flugverkehr und Telekommunikation nicht mehr überzeugend. Aber regionalpolitisch erschien das Zusammenwuchern zweier Gesellschaftsformationen in Berlin ein wichtiger Aspekt für diese Stadt. Das *Hansa-Viertel*, das 1957 die »Herosen der Moderne« versammelte – von Alvar Aalto bis Le Corbusier – wurde einst bejubelt. Heute würde es nach

Ansicht der Kritiker schlicht durchfallen. Es wurde auch befürchtet, dass die kommende Hauptstadt »viel Ramsch« bekommen würde. Dies erwies sich nicht als Fehlprognose.

Alle drei Faktoren haben die Autoren für Berlin nicht optimistisch gestimmt, aber sie haben die Entscheidung immerhin akzeptiert.

Hauptstädte spielen in Architekturgeschichten naturgemäß eine herausragende Rolle. Der große amerikanische Architekt der Moderne Frank Lloyd Wright (1945: 129, 136) verkündete einst, dass »organische Architektur die einzig mögliche Architektur für die Demokratie« darstelle. Jeder Bürger müsse für seine architektonischen Urteile die Worte »organisch, Integration und Demokratie« internalisiert haben. Diesem hehren Ideal dürfte der Ausbau der Hauptstadt nach 1990 in Berlin schwerlich entsprechen. Mit Ausnahmen, wie Eberhard Jäckel oder Christian Maier (1990: 37), äußerten sich die Historiker nicht mehr so gern mit der Unverblümtheit ihrer Kollegen im 19. Jahrhundert. »Rückwärtsgewandte Prophetie«, nicht »vorwärtsgewandte Prophetie« wurde als das Metier des Historikers angesehen. Angesichts der Zurückhaltung der Historiker-Kollegen erscheint es nicht unbillig, wenn ein Sozialwissenschaftler wie dieser Autor, der auch Geschichte und Kunstgeschichte studiert hat, mit diesem Thema dilettiert.

Berlin wurde immer wieder hart kritisiert. Ernst Bloch nannte sie »ewige Kolonialstadt« mit ihrer »protestantischen Härte«, Karl Scheffler sprach einmal von der »amerikanischsten Stadt des Reichs«. Das führte nach 1945 zu einer Konzeption des »Laboratoriums der Moderne«, was nicht nur Gutes bedeutete, etwa, wenn Karl Schlögel mit Recht klagte, dass in Berlin »viel zu viel Staat« dominiere. Die Epoche von Senatsbaudirektor Stimmann wirkte in diese Richtung. Es wurde gelegentlich eine totale Verarmung der lokalhistorischen Alltagsausstattung des Berliners festgestellt, etwa, wenn nach 1989 der letzte landesgeschichtliche Lehrstuhl und damit die

Ausbildung in Heimatkunde abgeschafft wurde. Der Staat wurde auch als Notwehr der Senatsbauverwaltung gegen die Wucht der ersten Investorenwelle und ihrer Architekturmoden notwendig (Hartung 2012: 80 f.).

Das Presse- und Informationsamt Berlin hat im Sommer 1990 eine Kampagne für die Hauptstadt Berlin gestartet, in der Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister a. D. der Hansestadt Hamburg, für Berlin eintrat. In ihr ging es um die Größe der Hauptstadt – nicht ganz verallgemeinerbar, wenn man von Den Haag bis Washington, Ottawa, Canberra oder Neu-Delhi blickt. Dohnanyi hielt die Kampagne für Berlin jedoch nicht für einen deutschen Sonderweg. Die größten Städte wurden gern für wichtige kulturelle Metropolen gehalten. Die Geschichte zeigte aber, dass in einigen Fällen Hauptstädte von Madrid bis St. Petersburg erst recht langsam dazu gemacht worden sind. München musste sich als bayerische Hauptstadt in einem langen Prozess ziemlich mühsam gegen ehrwürdige Reichsstädte wie Nürnberg oder Regensburg durchsetzen. Gegen Ulm und Esslingen schien Stuttgart lange wie ein Parvenü. Es gibt keine natürlichen Hauptstädte. Hauptstädte werden durch politische Entscheidungen getroffen und waren nicht selten ein Produkt fürstlicher Willkür. Heute muss hingegen eine solche Entscheidung möglichst demokratisch zustande kommen.

Hauptstädte sind ein Produkt der Neuzeit. Selbst die exemplarische Hauptstadt Paris, die ihre unangefochtene Rolle bis zu den Merowingern zurückverfolgen kann, wurde erst in der Neuzeit Hauptstadt mit einer Konzentration aller wichtigen Funktionen an einem Ort. Paris war zwar die bevorzugte, aber nur gelegentlich bewohnte Residenz (Hammer 1983: 139). Mit der Einigung Deutschlands im Zweiten Reich 1871 bekam Berlin eine Funktion wie Rom in Italien. Aber Rom hatte eine wesentliche historische Funktion für ganz Italien und die Welt. Nur in fünf Fällen sind neue Hauptstadtstandorte durch bewusste Wahl legitimer Körperschaften eingerichtet

worden, wie 1848 in der Schweiz, 1871 in Italien, 1918 in der Sowjetunion und 1948 und 1991 in der Bundesrepublik Deutschland. Doppelhauptstädte gab es mehrfach in der Geschichte wie im Fall von Turin und Chambéry in Piemont oder der Titularhauptstadt Amsterdam mit Regierungssitz in Den Haag (Brunn 1994: 196 ff.).

Hauptstadtfunktionen könnten in Zukunft auch durch den Ausbau einer *Europäischen Union* dem Wandel unterliegen. Noch ist umstritten, ob Europa zurzeit eine Föderation oder Konföderation darstellt. In Ablehnung eines von Gegnern des Maastrichter Vertrags gestellten Antrags, nachdem dieser nicht mit dem Grundgesetz vereinbar galt, hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein salomonisches Urteil gefällt (BVerfG 1993: 429–446), das die Union weder als Föderation noch als Konföderation klassifizierte. Ein Neo-Begriff wurde eingeführt: der *Staatenverbund*, gleichsam ein »unfertiger Bundesstaat«, wie Walter Hallstein (1969) das einmal nannte. Berlin dürfte aufgrund der Erfahrung mit konföderalistischen Systemen – wie im Deutschen Bund von 46 Ländern 1815–1866 – und Föderationen gute Voraussetzungen mitbringen, ein neues vermittelndes System zu schaffen. Das gilt jedenfalls im Vergleich zu Paris. Lobredner Bonns brachten häufig das Argument ins Spiel, Berlin sei nicht zentral genug für die wichtigsten Regionen, welche die Integration Europas voranbrächten. Dieser These haben auch westeuropäische Autoren wie Jonathan Carr (in: Süß Bd. 1, 1994: 339) nicht voll zustimmen können – vor allem im Hinblick auf die Führungsrolle zwischen Ost und West, die Berlin künftig einnehmen könnte. Die zurzeit aufbrechenden Konzeptionsdifferenzen zwischen Ost- und Westeuropa bringen für Deutschland eine besondere Mission aufgrund seiner Nähe zu Osteuropa. Eine Verklärung von »*Mittleuropa*« wird es auf die Dauer nicht geben können, im Gegensatz zur Weimarer Zeit (Papcke/Weidenfeld 1988). Diese muss wirtschaftlich und politisch genutzt werden, wenn man bedenkt, dass noch

1993 die EU-Einfuhren aus Osteuropa mit 1,7% aller Importe kümmerlich erschienen, da sie den Marktanteil Schwedens nicht übertrafen (Wagner 1994: 307). Berlin ist wie keine andere Kapitale eine Stadt, die sich dem Osten wie dem Westen nahe fühlt. Die Bildung einer gesamteuropäischen Gesellschaft ist immer wieder Gegenstand von Sonntagsreden in Europa – vor allem seit Polen und Ungarn sehr uneuropäische eigene Wege gingen.

Berlin hatte sich als *Wirtschaftszentrum* erstaunlich entwickelt und glänzte durch ein gewaltiges Bevölkerungswachstum. Seit den 1830er Jahren galt Berlin als »heimliche Hauptstadt des wirtschaftlichen Deutschlands« (Ribbe 1990: 27). Ähnliches wird man heute nicht behaupten können. Berlin wurde bis 1924 angeblich sogar die größte Industriestadt des Kontinents (Kramp 1990: 184). Da Berlin auch Hauptstadt Preußens war, hatten die Hauptstädte anderer deutscher Länder kaum eine Chance gegen Berlin. Durch den Föderalismus blieb Berlin jedoch eine zentralisierende Vorherrschaft à la Paris oder London im Lande erspart. Bonn als Hauptstadt wurde einst als Beitrag zur Verwestlichung Deutschlands angesehen. Berlin schien jedoch als Symbol der »Verrostung Deutschlands« zu fungieren, mit Gefahren einer Wiederkehr des aggressiven Nationalismus (Süß Bd. 1, 1994: 14). Auch wenn diese Befürchtungen sich als voreilig erwiesen, hat Berlin sich nicht als selbstverständliche politische und kulturelle Mitte des Landes entwickelt wie die meisten Hauptstädte Europas von Lissabon bis Budapest.

Immerhin wurde Berlin zweimal in der Geschichte *Kulturhauptstadt* Deutschlands. Nach der Napoleonischen Besetzung haben in weniger als einem Jahrzehnt Humboldt, Fichte, Schleiermacher, Hegel und andere Geistesgrößen Berlin in ein *Spree-Athen* transformiert, obwohl es nur die Hauptstadt Preußens war. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand ebenfalls in kurzer Zeit in Berlin eine Stadt, die sogar als »geistige Hauptstadt Europas« angesehen wurde, wie der Ministerprä-

sident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite (in: Süß Bd. 1, 1994: 189), bewundernd hervorhob.

Die gigantische Erweiterung der Regierungsbauten, die unter Hitler geplant waren, mit einem Triumphbogen, der doppelt so groß war wie der »Arc de Triomphe« in Paris, ist der Stadt zum Glück erspart geblieben. Es entstanden aber die *Reichskanzlei, der Tempelhof-Flughafen und das Olympia-Stadion* in Fortsetzung eines monumentalen Klassizismus, der für Berlin in bescheidenerer Form prägend gewesen war. Statt der Nord-Süd-Achse, welche der Wilhelminismus und der Nationalsozialismus für die monumentalen Planungen in Berlin bevorzugten, wurde nach der Wiedervereinigung ein »*Band des Bundes*« zwischen Ost und West am Reichstag vorbei in die Planung aufgenommen. Aber am Alexanderplatz und am Potsdamer Platz sollten hohe Gebäude dominieren (Bodenschatz 2013: 111 f.). Rekonstruktionen am Pariser Platz, am Brandenburger Tor, waren weniger umstritten als die Pläne für die Wiedererstehung des Hohenzollern-Stadtschlusses. Der Palast der Republik an diesem Platz war ebenfalls Gegenstand von Kontroversen. Der Reichstag wurde von Norman Foster umgestaltet. Die einzige monumentalistische Entgleisung, im Palast-Stil von Le Corbusier und Louis Kahn inspiriert, stellte das Bundeskanzleramt von Axel Schultes dar, welches die Intervention von Kanzler Kohl hervorrief. Das alte Zentrum war nach einem Urteil »*postmodernes Patchwork*«. Berlin ist ein sprechendes Beispiel für das Dilemma demokratischen Städtebaus. Forderungen für repräsentative demokratische Funktionen, wie Inklusion der Bürger, Partizipation, Transparenz und Verantwortlichkeit waren gerade in Berlin nicht immer harmonisch verbunden (Minkenberg 2017: 480, 495).

Nach dem Kriegsende wurde Hans Scharoun von den Alliierten zum Stadtrat in seiner Funktion als Leiter der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen ernannt. Er entwickelte den *Kollektivplan* mit der Idee einer funktionellen Stadt in

Anknüpfung an die zwanziger Jahre, bezogen auf die »*Charta von Athen*«. Die City sollte in einem Arbeitsstreifen sich am Urstromtal der Spree orientieren. Nicht »Wiederaufbau«, sondern »Neugestaltung in Form einer Stadtlandschaft«, verbunden mit einer kulturellen und politischen Erneuerung, war das Ziel. Geplant waren der Abriss von Bauresten und der Neuaufbau in einer Art Gitterstruktur von Hauptverkehrsstraßen. Als Gegenposition wurde von Moest und Görgen der *Zehlendorfer Plan* entwickelt, der auf Rekonstruktion der Stadt basierte. Nach den ersten freien Wahlen im Oktober 1946 wurde der stark umstrittene Baumeister Scharoun entlassen. Dieser bedeutende Baumeister hat sich vielfach bei kulturellen Projekten beworben, aber erst bei der *Philharmonie* in Berlin hat ein Erfolg in Wettbewerben auch zum Bau des Werkes geführt (1956–1963). Mit der Ablösung von Hans Scharoun durch Karl Bonatz gelangten restaurative Kräfte in führende Positionen. Bonatz integrierte Ansätze des Zehlendorfer Plans in seinen *Neuen Plan* (Menting, 1998: 116 ff.) Politische Differenzen und unterschiedliche Ansichten der Alliierten bestimmten die theoretische Entwicklung für Berlin. Nach der Währungsreform vom Juni 1948 und einem Blockadeversuch wurde die Teilung der Stadt in Ost- und West-Berlin festgeschrieben. Seit 1947 wurde vor allem von den USA der Aufbau im Westen gefördert, nicht zuletzt durch den Marshallplan. Der Schwerpunkt lag auf dem Massenwohnungsbau. Nur wenige hervorragende kulturelle Bauten entstanden in Berlin, wie der *Konzertsaal* 1954 von Paul Baumgarten. Ein Problem Berlins war, dass überall wo keine öffentlichen Erhaltungsinteressen sich querlegten, ein »Abriss für den Wiederaufbau« drohte – vom Abriss des Gloria-Filmpalastes bis zum Pavillon-System des Virchow-Krankenhauses (Kleihues 1987: 237).

In der *Theorie* strebt eine europäische Großstadt im 21. Jahrhundert nach sozialer Gerechtigkeit, ökologischem Stadtbau und der Pflege des baulichen und städtebaulichen Kultur-

bestandes. In der *Praxis* musste die *Stadterneuerung*, die in Berlin mehr als in weniger zerstörten Städten Europas nach 1945 im Zentrum stand, jedoch pragmatisch werden. Neues Leitbild war die »*Stadt der kleinräumigen funktionalen und sozialen Durchmischung*«. Berlin wurde von Experten als besonders gefährdet angesehen, dass unterschiedliche Interessenblocks die Zersplitterung des Stadtraums vorantreiben (Bodenschatz u. a. 1994: 9, 352). Zur Bändigung dieser Entwicklungen sind moderne Analysen über *Governance* dabei der zeitgenössische Ansatz, um die wechselseitige Abhängigkeit ausdifferenzierter Teilbereiche und Organisationskontexte der Gesellschaft und die Rolle einer aktiven und differenzierten Gestaltung dieser wechselseitigen Abhängigkeit ins Bewusstsein zu rücken. Die Schwäche kommunaler Planung führt jedoch zu Grenzen der Steuerung als Folge von Nicht-Entscheidungen in der vorhandenen Struktur der Eigentümer und Akteure.

Im Jahr 2001 tauchte der Begriff »*Stadtumbau Ost*« als Name des Wettbewerbs auf, den das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) ausschrieb. Dieser Stadtumbau sollte gezielten Rückbau nicht mehr benötigter Wohnungen mit einer umfassenden städtebaulichen Aufwertung der vom Leerstand betroffenen Stadtteile verbinden. Diesen Leerstand hatte bereits 2000 die *Regierungskommission »Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern«* festgestellt. Konklusion: »Der politische Umbauprozess einer schrumpfenden und alternden Stadt, muss, so schwer es auch fällt, positive Botschaften enthalten. Die Vermittlung neuer Qualitäten oder der Aufbau einer neuen Stadtästhetik sollten im Zentrum stehen. Kommunikation und Partizipation sind nicht nur wünschenswert, sondern notwendiger Bestandteil einer sprachlichen und politischen Strategie, um Handlungspotentiale auszuschöpfen«. Die Schrumpfung der Stadt Berlin wurde vor allem durch Abwanderung und den Geburtenknick Anfang der 90er Jahre

erklärt, sodass eine Million Wohnungen leer standen (BMBF 2002: 2; Bernt u. a. 2010: 14, 27 ff., 75). Dank der Attraktivität der neuen Hauptstadt sollte sich dieses Defizit jedoch rasch ändern.

Gegenüber dem historischen Stadtzentrum hatte das gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts *neu entstandene Zentrum Kurfürstendamm/Bahnhof Zoo* immer nur einen zweiten Rang besessen. Nach dem zweiten Weltkrieg litt das Zentrum Stadtmitte besonders stark an den Folgen der Teilung Berlins. Westberlin demonstrierte 1957 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten einen *Wettbewerb Hauptstadt Berlin* den politischen Willen, Deutschlands größte Stadt wieder zum Zentrum der Hauptstadt Deutschlands zu machen. Der Westen wurde hinsichtlich seiner Stadtplanung wegen der Einbeziehung des Ostens in manche Planungen in der DDR als »imperialistisch« wahrgenommen, während die DDR-Planung »Hauptstadt der DDR« 1958/59 sich strikt an das DDR-Territorium hielt (Flierl 1998: 39, 41 ff.).



### 3 DDR-Hauptstadt Berlin

**B**erlin wurde Anfang Mai 1945 von sowjetischen Truppen erobert. Sie stießen auf eine Trümmerlandschaft: Von den 245 000 Gebäuden waren 11,3 % total, 8,2 % sehr schwer und weitere 3 % mittelschwer beschädigt, wurden aber als wiederherstellbar eingestuft. Als leicht beschädigt und noch benutzbar galten 70,1 % der Bauten. Überdurchschnittliche Schadenswerte wiesen vor allem die Bezirke Berlin Mitte und Tiergarten auf. Neugebaut wurden bis 1950 meist Notunterkünfte und Zeichen der Sieger, wie das Sowjetische Ehrenmal. 1950 verabschiedete der Westberliner Senat einen *Flächennutzungsplan*, der die Spaltung noch ignorierte. Unrealistisch beschönigend hieß es: »Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass Berlin die Bundeshauptstadt werden muss. Wäre dies nicht der Fall, so verlöre Berlin als Großstadt seinen Sinn« (Drucksache 1950: 2; Bodenschatz u. a. 1987a: 214, 218 f.). In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde für Berlin noch als Ganzes geplant. Westberliner Regierende Bürgermeister, wie Eberhard Diepgen (2004: 83), haben anfangs noch mit der DDR-Führung verhandeln müssen, weil die Eisenbahngelände auch im Westen der Stadt Eigentum der »Reichsbahn« im Osten waren. Wichtig waren vor allem die Verhandlungen über Transitstrecken und neue Grenzübergänge.

Stadtbaurat Hans Scharoun arbeitete seit 1945 im Auftrag

des Magistrats der Stadt mit einem Kollektiv an der neuen Mitte. Das Ergebnis wurde »*Kollektivplan*« benannt und am 8. August 1946 in einer Ausstellung »Berlin plant – erster Bericht« in einem notdürftig wiederhergerichteten Raum des Berliner Schlosses vorgestellt (Geist/Kürvers 1989: 189 ff.). Der zweite offizielle Plan, der *Zehlendorfer Plan* von Walter Moest (1947) und Willi Görden, war weniger visionär und widmete sich vor allem dem Verkehr. Es ging ihm hauptsächlich um Sanierung. Anfangs wurden meist nur Denkmäler der Vergangenheit »gesäubert«. Der Krieg hatte nach Ansicht einiger Experten auch gute Folgen: die Auflockerung der Großstadt schien bereits in die Wege geleitet und Scharouns Pläne für die Möglichkeit einer Stadtlandschaft erleichtert (Bodenschatz u. a. 1987a: 214 ff.; Engel 1997: 92). Die besondere Unsicherheit der Ost-Berliner Zentrumsplanung speiste sich nach der Ansicht eines Experten (Müller 2005: 9) nicht allein aus dem Wandel eines politisierten Städtebaus, der zwischen den absolutistischen Polen des Moskauer Umgestaltungsplan von 1935 und dem Aufbauplan von Brasilia ab 1956 schwankte. Es gab keine feste Regeln einer sozialistischen Baukunst, die zwischen »nationaler Tradition« oder dem Diktat »besser, billiger und schneller bauen« mit Plattensystem und Betonskelettmontage oszillierte. Anfangs gab es nach einer empirischen Studie (Barth 1998: 54 ff.) 57 DDR-Architekten, die vom Bauhaus geprägt waren, auch bekannte Meister wie Collein und Paulick. Aber schon 1951 geriet das Bauhaus ins ideologische Abseits, und die Exponenten passten sich dem politischen Wandel der Konzeptionen an. Auf der politischen Ebene neigten der Ministerpräsident und Parteivorsitzende Otto Grotewohl und der Ostberliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert eher der Idee der »Stadtlandschaft« zu. Die Gegenposition für eine repräsentative Metropole nach Moskauer Vorbild wurde vor allem von Aufbauminister Lothar Bolz und Institutsdirektor Kurt Liebknecht vertreten. Ungewöhnlich schien die Tatsache, dass die zweite Variante eher in westlichen Planun-

gen von Karl Bonatz zu finden waren als im *Generalaufbauplan* des Ostmagistrats. Die andere Variante wurde jedoch von den sowjetischen Behörden kaum beeinflusst (Nicolaus/Obeth 1997: 53, 73).

Bereits am 17. Juni 1946 hatte Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED, die aus der gesteuerten Vereinigung von KPD und SED hervorgegangen war, Intellektuelle aus Ost- und West-Berlin zu Planungsgesprächen eingeladen, an denen auch Leute wie Hans Scharoun teilnahmen. Die Beratungen blieben durch die Teilung Berlins folgenlos (Flierl 1998a: 122 f.). Auf dem dritten Parteitag der SED am 22. Juli 1950 verkündete Walter Ulbricht, dass das Zentrum ein monumentales Gebäude erhalten sollte, das der Bedeutung der Hauptstadt gerecht werde. Dafür sollte ein Straßenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor als Magistrale entwickelt werden. Das Zentrum sollte zum großen Demonstrationsplatz werden, um den Aufbauwillen des Volkes zu demonstrieren. Ulbricht verkündete: »Wir wollen keine amerikanischen Kästen und keine Bauten im Hitlerschen Kasernenstil mehr sehen« (Protokoll 1950: 379; Neues Deutschland 23. 7. 1950). Kurt Liebknecht, der als Architekt in der Sowjetunion gearbeitet hatte, war 1948 nach Berlin zurückgekehrt und führte wichtige Akteure, wie Lothar Bolz, den ersten Bauminister der DDR, auf eine Studienreise nach Moskau. Sie trug nicht unwesentlich zum Inhalt der »*Grundsätze des Städtebaus*« bei. Ein »*Stadtplanungskollektiv*« unter Liebknechts Leitung führte zu Vorschlägen, die zum Teil von Grotewohl und Ulbricht abgelehnt wurden. Liebknecht konzentrierte sich daher auf einen Vorschlag, nach dem auf der Spreeinsel ein zentraler Platz errichtet werden sollte, weil er für Demonstrationen größer sei als selbst der Rote Platz in Moskau (Flierl 1998a: 127 ff.). Nach dem Vorschlag des dritten Parteitages der SED 1950 begann der planmäßige Aufbau der Ost-West-Magistrale von der Frankfurter Allee bis zum Brandenburger Tor. Im September 1950 war ein *Aufbaugesetz* beschlossen worden, das die Planung nach so-

zialistischen Prinzipien fördern sollte. Erste Grundlagen wurden von den Stararchitekten der DDR, Edmund Collein, Kurt Liebknecht, Gerhard Kosel, Hermann Henselmann, Richard Paulick, Hanns Hopp und Hans Gericke erarbeitet (Korn/Weise 1985: 11).

In der Führung der DDR kam es bald zu Meinungsverschiedenheiten. Ulbricht mit seiner Option für ein *zentrales Hochhaus* verdrängte zunehmend Grotewohls eher als sozialdemokratisch angesehene Option für ein *Volkshaus*. Das zentralisierte Konzept sah vor: einen *zentralen Platz, ein zentrales Gebäude und eine zentrale Achse* von der Stalin-Allee bis zum Brandenburger Tor (Collein 1952: 16). Diese Konzeption wurde mit Albert Speers Umgestaltungsplan der Reichshauptstadt zur Welthauptstadt Germania 1937–41 verglichen. Die SED hat jedoch über das sowjetische Vorbild – am krassesten in Warschau in einem Wolkenkratzer verwirklicht – ihr Konzept als verspäteten historischen Sieg der Antifaschisten über die Faschisten verstanden. Die Ost-Berliner Zentrumsplanung wurde zum zentralen Prestigeobjekt der Städtebaupolitik der DDR. Kein wichtiges Einzelprojekt, weder die Stalin-Allee noch der Dresdner Altmarkt, weder Eisenhüttenstadt noch Halle-Neustadt, konnte sich im Symbolwert für die DDR messen, obwohl Ost-Berlin anfangs einen Sonderstatus hatte und eigentlich nicht zur DDR gehörte. Auch wenn der Wiederaufbau Ost-Berlins hohe Priorität im Aufgabenkatalog der DDR hatte, brauchte das Land ein Vierteljahrhundert, um ihre 1950 formulierten und 1964 letztmalig veränderten Ideen zur Zentrumsplanung umzusetzen. Experten fanden die Genese der DDR-Stadtplanung schwer rekonstruierbar, da die Pläne geheim blieben und einzelne Architekten willkürlich agierten. Es kam zu einigen Wandlungen der Konzeption mit der Propagierung der Zweistaaten-Theorie durch die Sowjetunion 1955, der Einführung eines Siebenjahresplans 1959, dem Scheitern der Wirtschaftsreform 1968 oder Zwei-Nationen-Theorie der DDR 1972 (Müller 2005:

7 ff.). Gerhard Kosel (1989: 170 ff., 303) versuchte, seine in der Sowjetunion gesammelten Erfahrungen wissenschaftlich auszuwerten. Er berief sich nach dem XXII. Parteitag der KPdSU auf die Anerkennung der Marxschen Theorie der Produktivkraft Wissenschaft und steckte drei Etappen der Industrialisierung ab: von der Ziegelbauweise, über den Einsatz von Montagegeräten bis zur Vollmontagebauweise. Eine Sonderleistung war die Modernisierung des *Nikolaiviertels*, mit der die DDR die 750-Jahrfeier für Berlin begehen wollte. »Gerade als es ›gemütlich‹ zu werden beginnt, fällt am 9. November 1989 die Mauer« (Imhof/Krempel 2001: 9).

Nach der Wiedervereinigung spielte die alte Berliner Mitte zwischen den »Linden« und dem Alexanderplatz eine wichtige Rolle für den Tourismus. Hingegen haben nur wenige Bereiche Ost-Berlins Westler zum Umzug veranlasst. Eine Ausnahme erscheint der *Prenzlauer Berg*, der als östliches Pendant zum *Kreuzberg* als Kreativen-Viertel von Künstlern und Chaoten große Anziehungskraft entwickelte. Die Baupolitik war in der DDR ideologisch überfrachtet gewesen. Dies führte zu einer Vernachlässigung der »Überbleibsel früherer Klassengesellschaften«. Alte Architektur war nur in Ausnahmefällen gefördert worden. Erst kurz vor dem Zerfall des Systems 1985 kam es zu einer Bewegung von Tausenden von Jugendlichen und Bauarbeitern, die Berliner Altbaugebiete vor dem endgültigen Verfall zu retten. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung war der Gesamtberliner Senat westlich dominiert und vereinnahmte die östlichen Wohngebiete. Der »Ostraum« wurde daher oft lediglich als Rest und Entlastungsfläche für die Bestands- und Imagerhaltung der Weststadt angesehen und behandelt, was die Ostler vielfach als »Kolonialismus« brandmarkten (Kil 1992: 510, 516, 519). Kommunale Wohnungsverwaltungen, die sich zu Wohnungsbaugesellschaften veränderten, kamen lange nicht aus einer »Notgeschäftsführung« heraus. Drastischer Subventionsabbau hat die Modernisierungs- und Entwicklungs-

konzepte der Stadt stark gebremst. Das Einkommensgefälle zwischen West und Ost hat sich nach der Wiedervereinigung vielfach vertieft. Dennoch wurde früh gehofft, dass die städtebauliche Entwicklung sich vor allem im Ostteil der Stadt und dessen Umland abspielen werde. Den Stadtbewohnern im Osten wurde eine größere Gelassenheit gegenüber den Herausforderungen der Baugesellschaft nachgesagt als den Politikern auf beiden Seiten. Aber mit der »Berliner Gemütlichkeit« sei es vorbei – lautete eine Prognose (Hunger 1992: 523 ff.; 530).

### 3.1 Palast der Republik und Marx-Engels-Platz

Als die DDR ihre Hauptstadt in Ost-Berlin etablierte, wurden unter Ulbricht *architektonische Säuberungen* vorgenommen, von der Reichskanzlei bis zum Hohenzollern-Schloss. Ein Hochhaus im Stalin-Stil sollte das Zentrum zieren. Der Palast der Republik und das Außenministerium waren schließlich jedoch bescheidener und funktionaler. Das hat ihr Überleben bei der Planung für einen Wiederaufbau des Schlosses jedoch nicht sichern können, mit einer Ausnahme am Südrand des Zentralplatzes, der zur Humboldt-Arena werden sollte. Schon die späte DDR hat sich zunehmend der Restauration preußischer Vergangenheit zugewandt. Sie schlug sich in der Wiedererrichtung des *Denkmals für Friedrich den Großen* unter den Linden nieder, sowie in der Restauration des monumentalen Domes, den Wilhelm II. gestiftet hatte, und im Wiedererstehen des »*Forum Fridericianum*«, das einst Zentralplatz der absolutistischen preußischen Monarchie gewesen ist. Diese Konzessionen an die Vergangenheit konnten aber die Aushöhlung des Vertrauens der Bevölkerung in das Regime nicht aufhalten. Die Geschichte der Ostberliner Zentrumsplanung wurde von Kennern als eine »Geschichte gescheiterter Konzepte« angesehen, in der sich die Entwicklung der DDR widerspiegelte. Die Alliierten hatten schon im Mai 1945

deutsche Planungsstäbe wieder zugelassen, ihnen jedoch untersagt, eine verbindliche Perspektive zum Aufbau der Stadt zu erarbeiten, solange der künftige Status der ehemaligen Reichshauptstadt nicht geregelt sei.

Mit der Gründung der DDR wurde der Ostteil Berlins gegen die Vereinbarungen der Alliierten mit Duldung der Sowjetunion zur Hauptstadt erklärt. Bereits im November 1949 trafen sich Politiker und Architekten im »Ministerium für Aufbau der DDR«, um die Planungsarbeiten zu beginnen. In den »Leitsätzen zur Neugestaltung Berlins« vom 23. März 1950 rückten Zentralitäts- und Repräsentationsvorstellungen in den Mittelpunkt der Planung (Bundesarchiv, Abt. Potsdam DH 1). Vorbilder stammten jedoch nicht aus der deutschen Tradition, sondern wurden in sowjetischen Großstädten gesucht. Während im Westen vielfach die *gegliederte und aufgelockerte Stadt* als Ziel galt, waren die Sowjets für monumentale Bauten, die angeblich den Bauwillen der Bevölkerung ausdrückten. Ulbricht warf auf dem dritten Parteitag der SED im Sommer 1950 der Berliner Bauverwaltung vor, sie huldige »kosmopolitischen Phantasien«. *Zentrale Achsen* – von der Stalinallee (nachmals wieder Frankfurter Allee) über den Alexanderplatz bis zum Brandenburger Tor wurden in einzelnen Vorschlägen bekannter Architekten, wie Richard Paulick, mit monumentalen Gebäuden größer als der Dom hervorgehoben.

Der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, forderte 1950 einen »großen Demonstrationsplatz [...], auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden«. Ministerpräsident Otto Grotewohl beruhigte wenigstens sein schlechtes Gewissen mit der Hoffnung: »wenn das Schloss weg ist, kräht kein Hahn mehr danach«. Wilhelm Girnus, später Staatssekretär für Fach- und Hochschulwesen der DDR, ließ interne Debatten durchblicken: »Wir hatten die Wahl: Schloss oder Dom« (zit. v. Boddien/Engel, 2000: 10 f.). Der Vorwurf der »Kirchenstürmerei« schien der DDR-Führung schwerwiegender als die Einwände der Kunstken-

ner: »Mit den Kunsthistorikern werden wir schon fertig«, hieß es. 1950 waren »16 Grundsätze des Städtebaus« im Zusammenhang mit dem *Aufbaugesetz* beschlossen worden. In ihnen wurde die »wirtschaftlichste und kultureichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen« wortreich gepriesen. Diese Grundsätze verstanden sich als »sozialistische Aufhebung der Charta von Athen« (1933) der CIAM »Congrès Internationaux d'Architecture Moderne«, die 1928 in der Nähe von Lausanne von Le Corbusier und Siegfried Giedion, Gropius und vielen anderen gegründet wurde. Die Grundsätze waren nicht als Appell von Stadtplanern an die Regierungen gedacht, sondern umgekehrt als Auftrag der Regierung an die Stadtplaner. Ein ursprünglich für Moskau geplanter CIAM-Kongress wurde daher nach Athen verlegt. Der westliche Stararchitekt Josef Paul Kleihues (in: Henselmann 1995: 51) billigte den fünften Grundsatz unter den 16 Grundsätzen von 1951, da er das »Prinzip des Organischen und die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel« verkündete. Nach anfänglichen Interpretationsschwierigkeiten der 16 Grundsätze hat Henselmann sich den Wünschen Ulbrichts angepasst. Diese Vista musste aber der Avantgarde, die endlich nachholen wollte, was die Nazis verboten hatten, suspekt erscheinen. Ein Kenner wie Bruno Flierl (1998a: 53 ff.) monierte, dass diese hehren Ziele der 16 Grundsätze allenfalls auf Teilsysteme der Stadt beschränkt waren. Im Rückblick hat er kritisiert, dass nicht das Proletariat, sondern eine diktatorische Partei das Sagen hatte. Der »demokratische Sozialismus« war »viel Zentralismus und wenig Demokratismus«. Das Bauwesen wurde zu einem Zweig der Volkswirtschaft und die zentralen Planvorgaben schufen eine »selbstgenügsame Maschinerie«. Das Bauwesen hat als ein Zweig der Volkswirtschaft die *kulturelle Dimension* zunehmend vernachlässigt. Auch die *Wissenschaft*, die in der »Deutschen Bauakademie« integriert wurde – 1951 gegründet und 1973 in »Bauakademie der DDR«